

Handwritten note on a small label:  
Handwritten text: "Handwritten text: 1879"

1921 I

25

1911 I 95



1921 I 25

Auszug aus den Motiven  
des französischen Bolltarifgesetz-Entwurfes  
vom Jahre 1877—78

zusammengestellt

von

Cornelius W. Heyl,  
Mitglied der ersten Kammer der Gr. Hessischen Landstände.

Worms, im Mai 1879.

Druck von Eugen Krantzschüler.



Auszug aus den Motiven  
zu der Polltarisvorlage der französischen Regierung  
vom Jahre 1877—78.

Roscher's Exempel





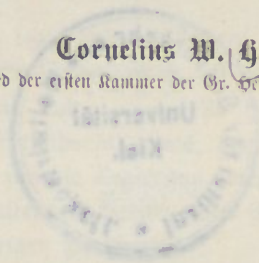
Auszug aus den Motiven  
des französischen Zolltarifgesetz-Entwurfes  
vom Jahre 1877—78

zusammengestellt

von

Cornelius W. Heyl,

Mitglied der ersten Kammer der Gr. Hessischen Landstände.



Worms, im Mai 1879.

Druck von Eugen Krantzschüler.



Zusatz aus dem Nachlass

des Königlich Preussischen Hofbibliothekers v. C. v. C.

dem Jahre 1875-76



## A. Rückblick auf die Geschichte der französischen Handelspolitik.

Das französische Tarifgesetz vom Jahre 1816 legte auf außer-europäische Waaren, welche in fremden Schiffen importirt wurden, eine Surtaxe (Nachsteuer), deren Betrag die Transportkosten von Indien nach Frankreich nicht selten überstieg.

Auf dem Landwege wurde die Einfuhr solcher Waaren nicht zugelassen.

Dieses Gesetz legte hohe Zölle auf Getreide und Vieh:

auf den Ochsen Fres. 50 Zoll

= die Kuh = 25 =

= Getreide 50 Ctms. per 100 Rilo

mit der Befugniß für die Regierung, diesen letzteren Zoll mit den steigenden und fallenden Preisen des Getreides entsprechend erhöhen oder erniedrigen zu dürfen.

Die auf andere Waaren gesetzten Zölle wurden bis zu dem Jahre 1826 in nicht unerheblichem Maße erhöht.

Im Jahre 1832 erst wurde der Transitverkehr erlaubt, im Jahre 1834 erfolgte die Aufhebung einiger Ein- und Ausfuhrverbote.

Holland erließ in Folge der Erhöhung der französischen Viehzölle Einfuhrverbote auf französisches Glas, porcelaine, und legte einen hohen Zoll auf Wein.

Belgien trat nach seiner Abtrennung von Holland in ein näheres Handelsverhältniß zu Frankreich.

Im Jahre 1836 wurde die französische Handelsflotte neuerdings begünstigt.



Die folgenden Zahlen dienen hierfür als Beispiel. Es zahlte Zoll:  
*A f f e e* auf französischem Schiff bezogen

aus Indien	per 100 Kilo Fres. 78.
„ aus anderen außereuropäischen Ländern	do. Fres. 95.
„ auf fremdem Schiffe bezogen	do. Fres. 105.

In demselben Jahre wurde das System der Exportprämie eingeführt, welches sich rasch entwickelte und durch die Gesetzgebung der nachfolgenden Jahre eine Erweiterung erfuhr.

Artikel 5 des Gesetzes vom Jahre 1836 lautet:

„Des ordonnances royales pourront autoriser, sauf révocation en cas d'abus, l'importation temporaire des produits étrangers destinés à être fabriqués ou à recevoir en France un complément de main-d'œuvre et que l'on s'engagera à réexporter ou à rétablir en entrepôt dans un délai qui ne pourra excéder six mois, et en remplissant les formalités et les conditions qui seront déterminées.“

(„Königliche Verordnungen können — auf Widerruf im Falle des Mißbrauchs — die vorübergehende Einfuhr solcher Artikel gestatten, welche dazu bestimmt sind, in Frankreich verarbeitet oder gänzlich fertiggestellt zu werden, und welche man sich verpflichten muß, wieder auszuführen oder während einer 6 Monate nicht übersteigenden Frist wieder im entrepôt niederzulegen, indem man auch die Formalitäten und Bedingungen, welche etwa festgesetzt werden sollten, zu erfüllen hat.“)

Im Jahre 1841 wurde, der Lyoner Popeline-Industrie wegen „die Prohibition auf fils de laine longue peignée retors à deux bouts (Kammvollengarn an beiden Enden gesträht), aufgehoben.

Die inzwischen stattgehabte Einführung der Spinnmaschine in England schädigte die französische Leinen- und Hanf-Industrie um so schwerer, als in England die Ausfuhr der Spinnmaschinen durch drakonische Gesetze verboten war.

Aus diesen Gründen erhöhte Frankreich im Jahre 1845 seine Zölle auf „les marchandises liniers“ (Flachswaren), und verbot den Transit der Leinen- und Hanfartikel; Belgien schloß sich diesem Verbote an, nachdem es von Frankreich für die Ablehnung



verlockender Anerbietungen, welche seitens des deutschen Zollvereins erfolgt waren, durch Zollermäßigungen belohnt worden war.

In derselben Zeit entstand in Frankreich eine lebhafteste Bewegung gegen die Einfuhr der *graines de sésame* (Sesamkörner), durch welche die französische Produktion der *graines d'oeillette* et de colza (Wohn- und Rübsamen), in der erheblichsten Weise benachtheiligt wurde.

44 Millionen Arbeitstage der Bauern glaubte man in Gefahr.

In den Jahren 1846 und 47 gelangten Vorlagen an die Kammern, durch welche die Ausfuhrverbote auf 15 Artikel beseitigt und die Einfuhr verschiedener Waaren frei gegeben werden sollten. Die Kommission der Kammer lehnte indessen diese Vorlagen ab. Sie wollte die Tarife nach keiner Richtung hin ermäßigt, nicht einmal die Einfuhr von Materialien für Schiffsbauzwecke erleichtert sehen. Man behauptete, die Konkurrenz gegen die englischen Waaren sei nicht durchführbar, England beziehe alle Waaren per Schiff, Frankreich dagegen 40 % seiner Waaren auf dem Landwege. Aus diesen Gründen dürfe auch an den Prämien, welche zu Gunsten der Handelsflotte eingeführt seien, nicht gerüttelt werden.

Der Berichterstatter der Kommission hob in der Kammer hervor, daß die Peel'sche Rede vom Jahre 1846, in welcher er dem englischen Parlamente zurief: „*Progrès ou marche rétrograde, choisissez, la France nous imitera*“ (Fortschritt oder Rückzug, wählen Sie! Frankreich wird uns nacheifern) — die Veranlassung für Frankreich sein müsse, um so weniger dieser Einladung zu folgen.

Im Jahre 1851 stellte der Abgeordnete Saint-Veuve in der Kammer den Antrag:

Abkündigung der Zölle auf Nahrungsmittel und Rohprodukte,

10 prozentiger Werthzoll auf Halbfabrikate,

20 prozentiger Werthzoll auf Ganzfabrikate,

Keine Prohibition,

Beseitigung des Flaggenprivilegs,

Freier Eingang auswärts gebauter Schiffe,

Reduzirung des Eisenzolles nach 4 Jahren auf 1 Franc per

100 Kilo.

In der Kammer wurde indessen lebhaft für die Beibehaltung des alten Systems, insbesondere der Kornzölle plaidirt, welche zum Schutze der Landwirthschaft gegen die Ueberfluthung mit Getreide vom Schwarzen Meere nothwendig seien.

Der Berichterstatter betonte: Der Durchschnittspreis von französischem Korn und Waizen pro Hectoliter sei Fres. 19. 65.

Der Preis der vom Schwarzen Meere importirten Waare, alle Kosten via Marseille eingerechnet, belaufe sich nur auf . . . . . „ 14. 15.

Minister Fould bekämpfte den Antrag Saint-Veuve auf das lebhafteste. Er erklärte in der Kammer:

„Unsere Zollpolitik war bis hierher der Tradition nach eine „nationale und streng schutzöllnerische, wir entfernen uns nicht „von ihr. Ihr doppelter Zweck ist:

„1) Die nationale Arbeit zu schützen;

„2) Einnahmen für den Staat zu gewinnen.

„Diesem Ziel muß auch fernerhin nachgestrebt werden, ohne „dadurch den Konsumenten dem Produzenten preis zu geben. „Dies ist ein schwieriges Problem, an dessen bester Lösung ohne „Unterlaß gearbeitet werden muß.

„Das Freihandelsprinzip, welches lautet:

„Jedes Land soll nur das produziren, was ihm die „Natur erlaubt, zum billigsten Preise zu produziren“,

„das verwerfen wir als unverträglich mit unserer Unabhängigkeit „und der Sicherheit einer großen Nation, als unzulässig für „Frankreich, weil unsere herrliche Industrie durch dasselbe zerstört werden müßte“.

Der Antrag Saint-Veuve wurde mit 428 gegen 199 Stimmen abgelehnt.

Kaiser Napoleon III. willigte nach den Ausstellungen von London und Paris in die Ermäßigung verschiedener Tarife und sah sich, um England einerseits für die Beihülfe im Krimkriege zu belohnen und andererseits wegen der Annexion von Nizza und Savoyen zu beschwichtigen, veranlaßt, am 23. Januar 1860 einen Handelsvertrag mit diesem Lande abzuschließen.



Im Wesentlichen wurde durch denselben nur das Prinzip sanktionirt, daß künftighin der höchste Zoll nicht mehr als 30 Prozent vom Werthe der Waaren betragen dürfe.

Frankreich beseitigte zu gleicher Zeit die Zölle auf Rohprodukte und ermäßigte dieselben auf Zucker, Kaffee und Pfeffer. Der Staat gewährte außerdem einen Zuschuß von 40 Millionen Franken zur Unterstützung der kleineren Fabrikanten, welchen der Ankauf von Geräthen erleichtert werden sollte.

Die für die fremden Schiffe bestehenden Verbote wurden aufgehoben, an den Bestimmungen, die surtaxe betreffend, indessen festgehalten.

Schon vor dem Jahre 1870 trat eine starke Reaktion gegen dieses neue System und die Handelsverträge hervor. Der deutsch-französische Krieg unterbrach die Arbeiten der eingesetzten Enquete-Kommissionen und verursachte durch seinen Ausgang die Einführung der (24 Centimes-) Kriegsteuer auf alle importirten Waaren.

#### B. Neues Tarifgesetz.

Die Regierung des Marschalls Mac Mahon legte im Jahre 1877/78 ein neues Tarifgesetz vor, welches sie mit der Bemerkung einführte:

„Nous devons agir au mieux de nos intérêts, nous sommes maîtres du terrain, nous faisons un tarif général, dont nous n'avons à discuter les bases avec personne.“

(Wir müssen auf das Beste für unsere Interessen wirken, wir beherrschen das Terrain, wir schaffen einen Generaltarif, über dessen Grundlagen wir mit Niemandem zu verhandeln haben.)

Hiermit zugleich machte die Regierung den Vorschlag, den schutzzöllnerischen Bewegungen in Italien und der Schweiz gegenüber die noch bestehenden Kriegszuschläge den projektirten Tarifen hinzuzurechnen.



Sie motivirte diese Absicht folgendermaßen :

„En présence de cette situation nouvelle, surgissant à l'heure, où les traités de commerce arrivent tous à échéance, la France ne saurait prudemment désarmer ses négociateurs en accordant spontanément le bénéfice du tarif conventionnel aux nations, qui ne la payeraient pas de réciprocité, qui feraient leur marché moins accessible aux produits de ses manufactures et de son agriculture, qui rendraient, par leurs exigences, la conclusion de conventions commerciales impossibles.“

(„Bei dieser neuen, in demjenigen Momente sich aufdrängenden Lage, in welchem alle Handelsverträge zum Ablauf gelangen, sollte Frankreich klugerweise nicht seine Unterhändler entwaffnen, indem es den Vortheil des Conventionaltarifs solchen Nationen freiwillig einräumt, welche Frankreich nicht durch Reziprozität bezahlen, die ihren Markt den Erzeugnissen seiner Industrie und seines Ackerbaues weniger zugänglich, durch ihre Anforderungen den Abschluß von Handelsverträgen unmöglich machen“.)

Durch diese Zuschlagscentime würden die seitherigen Vertragstariife um 8—12—15 Prozent erhöht werden.

Die Regierung sprach sich über diese Erhöhung noch folgendermaßen aus :

„Par la forme que nous choisissons pour effectuer la majoration du tarif général, nous aurons d'ailleurs l'avantage de rendre simple et facile un retour aux bases plus libérales le jour où la conclusion d'un ensemble de traités de commerce satisfaisant aurait rendu cette aggravation inutile ; car alors il suffirait, pour consacrer ce retour, sans toucher aux chiffres portés dans nos tableaux de douane, de supprimer les centimes additionnels, dont nous allons les rendre passibles.“

(„Die Form, welche wir wählen, um die Erhöhung des Generaltarifs auszuführen, wird uns unter Anderem den Vortheil bieten, die Rückkehr zu liberaleren Grundlagen an jenem Tage zu erleichtern, an welchem der Abschluß einer Reihe von zufriedenstellenden Handelsverträgen diese Verschärfung unnöthig machen wird. Alsdann wird es nämlich für eine Herabminderung hinreichen, wenn wir, ohne die Ansätze unseres Zolltarifs zu berühren

die Zusatz = Centimes wieder aufheben, die wir einzuführen gesonnen sind“.)

Der Tarif an sich soll außerdem erhöht werden für Wein, Bier, Marmor, Marmor, Backsteine, Stroh Hüte, chemische Produkte, Eier, Butter, Honig, Käse, Wild, Reis, Früchte, Wollengarn, für Vieh.

Der Zoll soll betragen auf einen Ochsen . . .	6 Francs.
„ „ „ „ „ eine Kuh . . .	2 „
„ „ „ „ „ einen Hammel . . .	50 Centimes.
„ „ „ „ „ Weizen pr. 100 Ko. . .	60 „
„ „ „ „ „ Reis pro 100 Kilo . . .	1 Franc.
„ „ „ „ „ Petroleum ,	
„ „ „ „ „ wenn roh , pro Kilo . . .	35 Centimes.
„ „ „ „ „ wenn gereinigt, pr. Ko. . .	42 Centimes.
„ „ „ „ „ Anilin pro Kilo . . .	3 Francs.

Zugleich sprach sich die Regierung für Gewichtszölle aus.

### Schlußbetrachtung.

Wird es auch noch abzuwarten sein, wie sich die Nationalversammlung diesen oder ähnlichen Projekten der französischen Regierung gegenüber verhalten wird, so können wir aus dem Mitgetheilten doch die Lehre ziehen, daß der Zollkrieg längst begonnen hatte, ehe Fürst Bismarck sein bekanntes Schreiben veröffentlichte.

Oesterreich, Italien, die Schweiz, Spanien und auch Frankreich, sie sind mit wesentlichen Zollerhöhungen oder mit Projekten für solche vorangegangen und versetzen die deutsche Nation in die Nothlage, auch ihrerseits in diesen Kampf eintreten zu müssen.

Fürst Bismarck kehrt in der That zu der Politik des Zollvereins zurück, indem er diejenige der Retorsion, der Wiedervergeltung neuerdings inauguriert.

Die erste Petition, welche dem Bundestage wegen Gründung des deutschen Zollvereins durch den Nürnberger Kaufmann Schnell überreicht wurde, enthielt dasjenige Programm, welchem der Zollverein bis zum Abschluß des französischen Handelsvertrages inso-



weit treu geblieben war, als es die damalige politische Verfassung des Bundes gestattete.

Es lautete: „Allgemeines Waarensystem für Deutschland, Aufhebung der Zölle im Innern Deutschlands, Einführung eines auf dem Grundsatz der Retorsion beruhenden Zollsystems gegen das Ausland, bis dieses seinerseits das Prinzip der europäischen Handelsfreiheit anerkennen wird.“

Mit Unrecht rechnet sich die radikale Freihandelspartei die Herabsetzung der deutschen Zölle durch den preussisch-französischen Handelsvertrag als ein ihren Prinzipien entgegengebrachtes Zugeständniß an.

Dieser Handelsvertrag und die niedrigen Zölle waren das für Deutschland mit Opfern verbundene Mittel, durch welches der von Oesterreich lebhaft begehrte Eintritt in den Zollverein vereitelt werden mußte. Daß die unrationellen 1818er Tarife, welche die gewöhnlichen Waaren hoch, die werthvollen nur niedrig besteuerten, in einer durch die weitere Herabsetzung der Zölle auf hochpreisige Waaren noch verschlechterten Umrechnung in den neuen Handelsvertrag eingeschoben wurden, ist eine bekannte historische Thatfache.

Diejenigen deutschen Industriellen, welche, wie der Verfasser, ihre Produktion zum größten Theile nach dem Auslande zu bringen gezwungen sind, haben zur Genüge die Erfahrung gemacht, daß das Ausland in seinen protektionistischen Neigungen unterstützt wird, wenn es den doppelten Vortheil des geschützten heimischen Marktes und der offenen nachbarlichen Grenze genießt.

Durch häufige Verluste wurden sie belehrt, daß die Worte des Kanzlers: „der Produzent des Auslandes und nicht der Konsument hat in vielen Fällen die Erhöhung des Zolles zu zahlen“, nur allzu richtig sind.

Gelungen kann nicht werden, daß der Zollkrieg große Gefahren für die Exportindustrie im Gefolge haben kann, Gefahren, welchen der Verfasser für seinen Industriezweig nicht ohne Besorgniß entgegen sieht.

Andererseits kann aber nicht in Abrede gestellt werden, daß die großen europäischen Staaten und Amerika die 43 Millionen



deutscher Konsumenten für viele Artikel in keiner Weise mehr zu entbehren im Stande sind, daß sie durch die Politik der Retorsion in ganz kurzer Zeit zum Abschluß von Verträgen, welche alsdann in Wirklichkeit auf Gegenseitigkeit beruhen werden, gezwungen werden können.

Die deutsche Exportindustrie hat schon seit lange unter den Unbequemlichkeiten, welche durch Differenzialzölle des Auslandes und Ursprungszeugnisse hervorgerufen sind, zu leiden. Die Bequemlichkeit der Einfuhr an der Grenze kann deshalb kein Grund sein für die Bedenken, welche gegen die Durchführbarkeit einer kräftigen Retorsionspolitik geltend gemacht werden.

Amerika gegenüber werden künftighin Differenzialzölle überhaupt nicht mehr entbehrt werden können, denn ohne Reziprozität ist ein dauerndes Handelsverhältnis mit diesem, durch die Natur und mancherlei besondere Verhältnisse im Uebermaße begünstigten Lande nicht aufrecht zu erhalten, wenn man nicht den Ruin einzelner der wichtigsten Industriezweige — und zwar ohne jeglichen Ersatz durch entsprechende Erweiterung unserer Exportbeziehungen zu diesem Lande — herbeigeführt sehen will.

Eine dem Verfasser zwar persönlich und dem materiellen Interesse nach durchaus fern liegende, durch seine geschäftlichen Beziehungen aber bekannte Branche, die Sohllederindustrie, mag hier als Beispiel dienen.

Nach offiziellen Ermittlungen beträgt der Herstellungspreis von Hemlock Sohlleder in Amerika pro 100 Kilo . . 143 M.  
 von deutschem Sohlleder aus deutschen Häuten pro 100 Kilo 290 M.  
 Ein Kilo Gerbstoff kostet in Amerika . . . — M. 9 J.  
 " " " " " Deutschland . . . 1 M. 20 J.

Amerika produziert billige Häute im Uebermaß und verfügt über einen solchen Reichthum an Hemlocktannen, daß man die Bäume nicht selten zum Verfaulen am Boden liegen läßt, weil die Rinde an sich das Fällen derselben schon lohnt.

Das bei der Darstellung des Hemlockleders in Anwendung gebrachte technische Verfahren zeichnet sich vor dem deutschen in keinerlei Weise aus. —

Der Verfasser kann nicht für die unbedingte Nichtigkeit des vorgelegten deutschen Tarifentwurfes eintreten wollen, er begrüßt aber mit Genugthuung das von dem Fürsten Bismarck inaugurierte System der Retorsion, durch welches alle geschädigten Interessenten des Auslandes zu Verbündeten der gemäßigten Freihändler gemacht werden müssen.

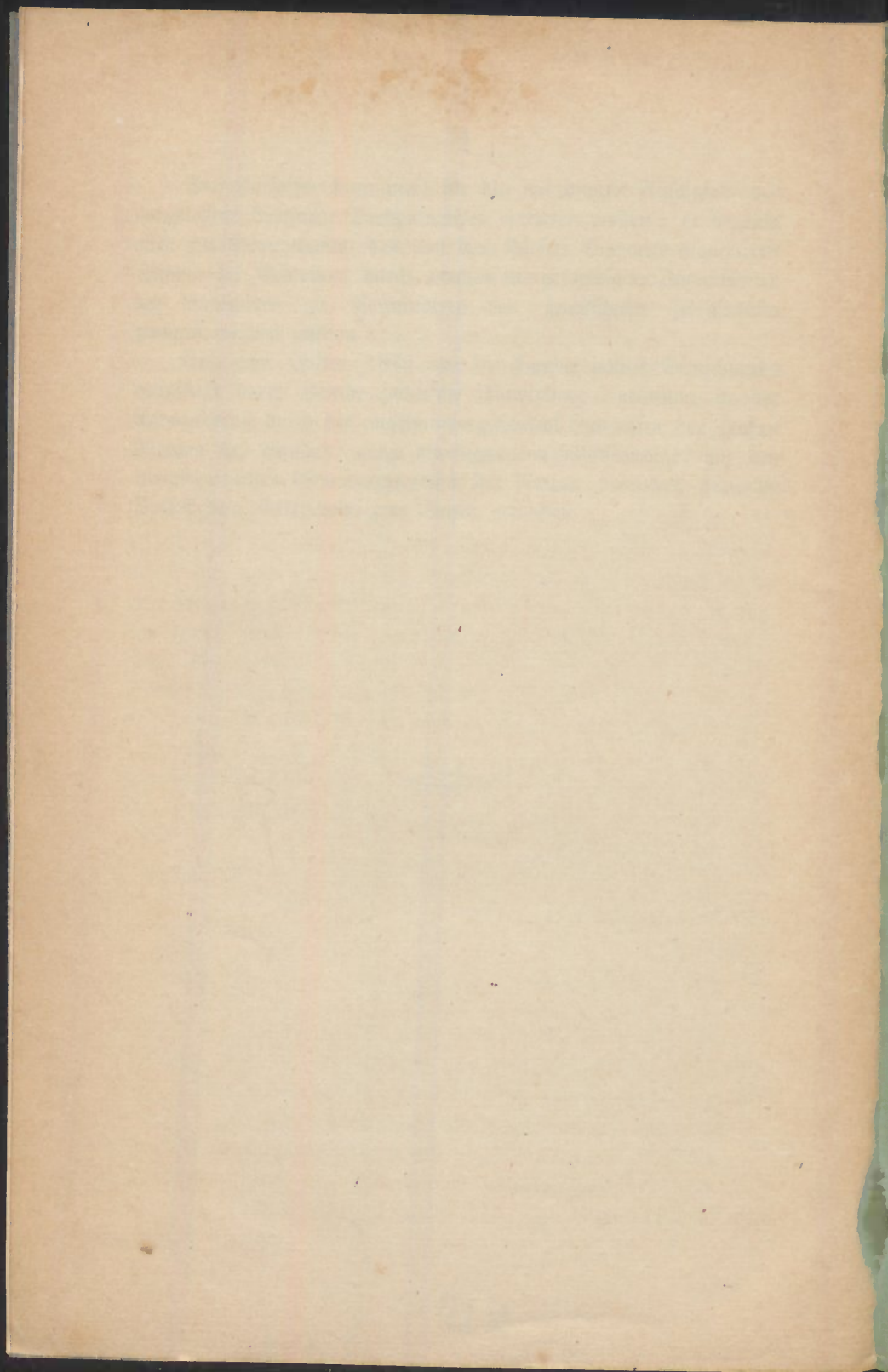
Bis zum Jahre 1870 war die Handelspolitik Deutschlands beeinflusst durch fremde politische Einwirkung, gehemmt in der Entwicklung durch die auseinandergehenden Interessen der großen Staaten des Bundes; möge die begonnene selbstständige, nur den wirthschaftlichen Gesamtinteressen der Nation dienstbar gemachte Politik dem Vaterlande zum Segen gereichen.

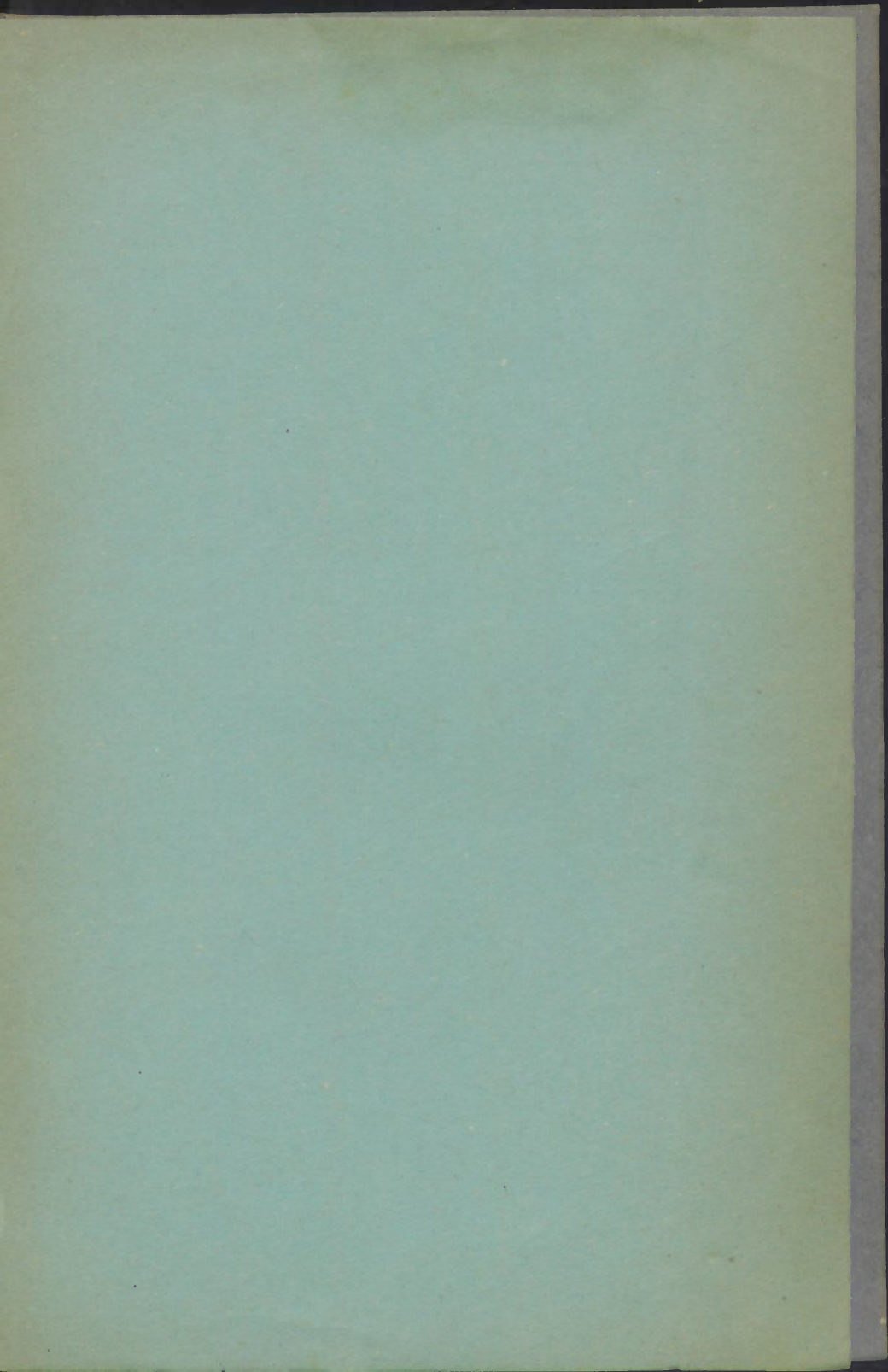


328

Die erste Aufgabe der Statistik ist es, die  
Gesamtheit der Beobachtungen zu erheben.  
Die zweite Aufgabe ist es, die Beobachtungen  
so zu ordnen, dass sie übersichtlich werden.  
Die dritte Aufgabe ist es, die Beobachtungen  
so zu verarbeiten, dass sie verständlich werden.  
Die vierte Aufgabe ist es, die Beobachtungen  
so zu interpretieren, dass sie nützlich werden.  
Die fünfte Aufgabe ist es, die Beobachtungen  
so zu präsentieren, dass sie anschaulich werden.  
Die sechste Aufgabe ist es, die Beobachtungen  
so zu analysieren, dass sie aussagekräftig werden.  
Die siebte Aufgabe ist es, die Beobachtungen  
so zu synthetisieren, dass sie zusammenfassend werden.  
Die achte Aufgabe ist es, die Beobachtungen  
so zu evaluieren, dass sie bewertend werden.  
Die neunte Aufgabe ist es, die Beobachtungen  
so zu prognostizieren, dass sie vorausschauend werden.  
Die zehnte Aufgabe ist es, die Beobachtungen  
so zu reflektieren, dass sie nachdenklich werden.

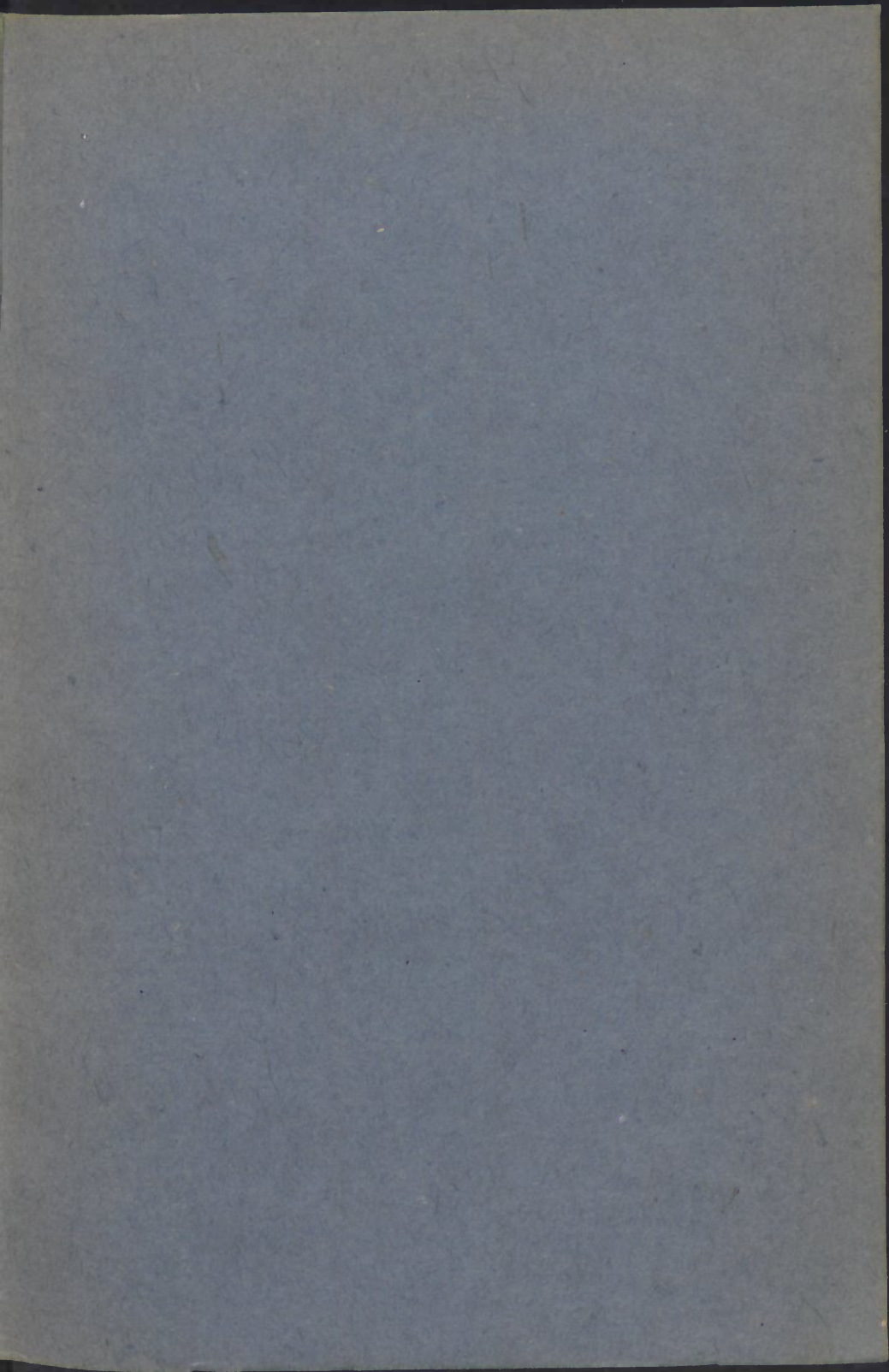
















206\$0796028X